

Auswirkungen des Ersten Weltkriegs auf die Adventisten in Deutschland

Friedensau bei Magdeburg, 21.05.2014/APD Eine große Volkszeitung, der „Bayerische Kurier“, habe am 11. Februar 1914 behauptet, dass die Adventisten „mit ihrer Prophezeiung vom nahen Weltkriege im Anschluss an die türkische Verwicklung“ weite Volkskreise ernstlich beunruhigen würden, berichtete Dr. Johannes Hartlapp, Dekan des Fachbereichs Theologie der adventistischen Theologischen Hochschule Friedensau bei Magdeburg, in seinem Referat beim internationalen wissenschaftlichen Symposium über den Ersten Weltkrieg, das vom 12. bis 15. Mai an der Hochschule stattfand.

Auch in anderen christlichen Kreisen sei gegen Ende des 19. Jahrhunderts aufgrund der Auslegung der biblischen Bücher Daniel und Offenbarung die Vermutung geäußert worden, dass die letzten Ereignisse der Weltgeschichte in unmittelbarer Beziehung mit dem erwarteten Ende des Osmanischen Reiches stehen würden. Dann, so nahmen sie an, werde es zu einem großen Krieg kommen, in dessen Verlauf das Osmanische Kalifat sein Militärisches Oberkommando von Konstantinopel nach Jerusalem verlegen müsste. In die Enge getrieben, komme es schließlich in Harmagedon zu der in Offenbarung Kapitel 16 beschriebenen Schlacht, die das Ende der Weltzeit und die Wiederkunft Christi einläute. So hätten auch adventistische Pastoren vor dem Ersten Weltkrieg in Deutschland öffentliche Vorträge gehalten, wie „Weltfrieden oder Weltkrieg?“ und „Das Ende der Türkei ist das Ende der Welt“. Als im Sommer 1914 der Erste Weltkrieg ausbrach, sei deshalb vor allem das Verständnis der Wiederkunft Jesu und praktische Fragen des Verhaltens beim Militärdienst in den Mittelpunkt der adventistischen Gemeinden gerückt, betonte Hartlapp.

Militärdienst vor 1914 in Deutschland

Der Dekan wies darauf hin, dass Ellen G. White, die Mitbegründerin der Siebenten-Tags-Adventisten, während ihrer Europareise 1886 in Basel die Verabschiedung von drei jungen Männern des dortigen adventistischen Verlagshauses miterlebt habe, die zu einer dreiwöchigen Reserveübung eingezogen worden seien. Sie schrieb darüber: „Gerade haben uns drei unserer verantwortlichen Mitarbeiter für einige Zeit verlassen, weil sie von der Regierung zu einer dreiwöchigen Wehrübung einberufen worden sind. Für unser Verlagswerk ist das ein harter Schlag, aber die Regierung richtet sich natürlich nicht nach unseren Wünschen. Von den Wehrpflichtigen wird einfach verlangt, dass sie ihren Dienst in der Armee tun oder an militärischen Übungen teilnehmen. Wir wissen es zu schätzen, wenn junge Männer sich auch in Uniform als zuverlässig, treu und ehrenwert erweisen. Sie haben sich diesen Dienst nicht ausgesucht, sondern haben sich nur den Gesetzen ihres Landes gefügt.“

Je größer die Mitgliederzahl der Adventisten in Europa wurde, umso relevanter wäre die Militärfrage laut Hartlapp für die Freikirche geworden. Auffallend sei dabei die Tatsache, dass vor dem Ersten Weltkrieg sich der Konflikt mit den Militärbehörden nicht wegen allgemeiner Dienstverweigerung oder Ablehnung des Waffendienstes entzündet habe, sondern wegen der Heilighaltung des Sabbats (Samstag). Wer an diesem Tag nicht dienstfrei bekam, hätte oft harte Gefängnisstrafen auf sich genommen. Nur wenigen sei es möglich gewesen, dem Wehrdienst durch Auswanderung in die USA zu entgehen. Alle anderen wehrpflichtigen jungen Adventisten wären ihrem Einberufungsbefehl gefolgt. Es sei kein Fall von grundsätzlicher Militärdienstverweigerung (Pazifismus) bekannt. Die einberufenen Adventisten hätten sich bemüht, als Nichtkämpfer, etwa als Sanitäter, Schreiber, Koch, Pferdepfleger oder Offiziersbursche, Dienst zu leisten. Wem das nicht gelang, der habe mit der Waffe gedient. Niemand sei deswegen aus seiner Ortsgemeinde ausgeschlossen worden.

In einem Beschluss vom 26. Juli 1913 habe die adventistische Freikirchenleitung in Deutschland empfohlen, den Militärdienst zu leisten, „[wir] ziehen aber den Samariterdienst vor“. Die Behörden sollten gebeten werden, Adventisten Nichtkämpferdienste bei dienstfreiem Sabbat zu ermöglichen. Eine entsprechende Eingabe vom 28. Januar 1914 an die zuständige Reichstagskommission sei aber wegen des Ausbruchs des Krieges nicht mehr behandelt worden.

Kriegswaffen gebrauchen und am Sabbat Kriegsdienst versehen

Unmittelbar nach der allgemeinen Mobilmachung habe der Sekretär der Adventisten, Pastor Guy Dail (Hamburg), am 2. August 1914 ein Rundschreiben als Orientierungshilfe an alle Adventgemeinden in Deutschland versandt. Darin hieß es unter anderem: „Soweit wir im Heer stehen oder ins Heer eintreten müssen, [sollten wir] unsere militärische Pflicht freudig und von Herzen erfüllen ... Aus Josua 6 ersehen wir, dass die Kinder Gottes von den Kriegswaffen Gebrauch gemacht und auch am Sabbat den Kriegsdienst versehen haben.“ Ähnliche Erklärungen seien später auch von anderen Freikirchenleitern in Deutschland abgegeben worden, ergänzte Hartlapp.

Widerstand und Endzeitspekulationen

Besonders die Bereitschaft, auch am Sabbat Militärdienst zu leisten, habe zu vielfältigen Protesten in den Gemeinden geführt. Hinzu seien Spekulationen über das Weltende und die Wiederkunft Jesu gekommen. So habe der am 3. August 1914 eingezogene Adventist J. Wieck aus Bremen zwar mit der Waffe gekämpft, da er aber die Impfung verweigerte, wäre er ins Militärgefängnis gekommen. Dort habe er am 21. Januar 1915 eine „Vision“ gehabt, in der ihm offenbart worden sei, dass Christus im Frühjahr 1915 wiederkäme, nämlich „wenn die Steinfrucht blüht“. Als die Freikirchenleitung sich energisch gegen derartige Spekulationen wandte, habe Wieck im März 1915 in einer Broschüre erklärt, dass die Freikirchenleitung vom „wahren Glauben abgefallen“ sei und sich die „wahrhaften Adventisten“ jetzt außerhalb deren Gemeinden versammeln

müssten. Einige adventistische Pastoren wären daraufhin gegen besonders aktive Mitglieder der Protestbewegung vorgegangen, indem sie diese bei den Behörden als „antimilitaristische Propagandisten“ anzeigten und bei Gerichtsprozessen als Zeugen auftraten, so Hartlapp. Unter diesen Umständen sei an eine Versöhnung nicht mehr zu denken gewesen.

Gegenseitig Abgrenzung

Verschärfend wäre hinzugekommen, dass die Protestler im Juli 1915 das anonyme Flugblatt mit dem Titel „Die letzte Gnadenbotschaft an eine gefallene Welt“ in einer Auflage von 100.000 Exemplaren in Deutschland verteilt hätten. Darin wäre behauptet worden, dass in Kürze das Osmanische Reich sein Hauptquartier nach Jerusalem verlege, sodass „die Zeit der Trübsal“ beginne. Auch eine Flut anderer Schriften habe immer wieder in der Öffentlichkeit zur Verwechslung mit der adventistischen Freikirche geführt. Um sich vor diesen Verwechslungen zu schützen, sei die Freikirchenleitung genötigt gewesen, sich auch von den pazifistischen Ideen und von den Wehrdienstverweigerern zu distanzieren und deren Argumente zu verwerfen, „so biblisch diese auch begründet sein mochten“, gab Hartlapp zu bedenken. Andererseits fänden sich etwa seit 1916 auch in den Reihen der Protestbewegung pazifistische Vorstellungen, „die es unter deutschen Adventisten vor dem Krieg wohl kaum gab“.

Die Protestler hätten sich ab August 1915 zu organisieren begonnen und sich schließlich als „Reformationsbewegung“ unter den Siebenten-Tags-Adventisten verstanden, als „die kleine letzte Schar der Treuen“. Ihre Muttergemeinde habe dagegen als die „Untreue“ gegolten, als „Babylon“, das man verlassen müsse. Für Hartlapp liege die Entstehung der Reformationsbewegung vor allem in der Erwartung der Wiederkunft Christi aufgrund der damals aktuellen Deutung biblischer Aussagen in Bezug auf das Osmanische Reich begründet. Die Frage des Militärdienstes sei nur „das auslösende Moment für die Trennung“ gewesen, nicht aber das

„entscheidende Motiv“. Die Entstehung der Reformationsbewegung in den Jahren 1915 und 1916 wäre auch kein typisch deutsches Problem. Die Bewegung hätte nach dem Krieg in wenigen Jahren in vielen Ländern unter Adventisten Fuß fassen können, obwohl dort die Freikirchenleitungen eine ganz andere Haltung zum Kriegsdienst eingenommen hätten als in Deutschland.

Erklärungen zum Kriegsdienst zurückgenommen

Pastor Holger Teubert (Ostfildern bei Stuttgart), Leiter des Referats Kriegsdienstverweigerung der Freikirche der Siebenten-Tags-Adventisten in Deutschland, weist als Ergänzung zu den Aussagen von Dr. Johannes Hartlapp darauf hin, dass die umstrittenen Erklärungen zum Kriegsdienst von den deutschen Freikirchenleitern bereits im Juni 1920 während einer Pastorentagung in Friedensau bei Magdeburg als „fehlerhaft“ zurückgezogen worden seien. Außerdem hätten sie am 2. Januar 1923 erneut ihr Bedauern darüber zum Ausdruck, „dass solche Dokumente herausgegeben worden sind“.

Adventistische Kriegsdienstverweigerer in West- und Ostdeutschland

Nach dem Zweiten Weltkrieg habe die Freikirchenleitung ihren wehrpflichtigen Mitgliedern in Westdeutschland in den Erklärungen vom 1. Dezember 1950, 25. April 1968 und Dezember 1983 empfohlen, den Wehr- und Kriegsdienst aus Gewissensgründen zu verweigern und stattdessen den zivilen Ersatzdienst zu leisten. Fast alle hätten sich für den Zivildienst entschieden, so Teubert. In der früheren DDR habe es nur einen waffenlosen Dienst in der Armee als Bausoldat gegeben. Die meisten wehrpflichtigen Adventisten wären Bausoldaten gewesen, obwohl dadurch in der Regel der Ausschluss vom Hochschulstudium verbunden gewesen sei. Unter den bereits getauften adventistischen Jugendlichen habe es nur ganz wenige gegeben, die den Waffendienst in der Nationalen Volksarmee abgeleistet hätten; und sie meist im Sanitätsdienst. Aber selbst noch nicht getaufte Jugendliche hätten trotz offenkundiger Nachteile den Dienst als

Bausoldaten vorgezogen.

Der Text kann kostenlos genutzt werden. Veröffentlichung nur mit eindeutiger Quellenangabe „APD“ gestattet!